

Dokumentation der IBA-Fachtagung

„Die Stadt als Familie sehen“

Fachtagung in Wanzleben
am 22. und 23. April 2010



SACHSEN-ANHALT
Wir stehen früher auf.



Netzwerk Vorsorgendes
Wirtschaften e. V.

WANZLEBEN



Inhalt

Vorwort	3
Zu Konzept und Methodik der Tagung	
Ausgangspunkt	7
Konzeptionelles	7
Methodisches	8
Reflexionen und Ergebnisse der Tagung	
Stadt und Reproduktion	10
I. Städtische Zeitstrukturen für Familien / II. Familiäre Strukturen und Arbeit ..	12
III. Familiäre Funktionen und bürgerschaftliches Engagement	14
IV. Wirtschaftliche Potentiale der Eigen- und Versorgungsarbeit	17
Diskussion einiger ausgewählter Aspekte	19
Ermöglichung und Anerkennung experimenteller Räume	20
Ergebnisoffene Prozesse – Gemeinsam lernen statt belehren	20
Institutionen schaffen, die Reflexion fördern und Ungewissheit ertragen	21
Bündnisse geduldiger Partner/innen initiieren	23
Aushandlungen ihre Zeit lassen	23
Beteiligung alltagspraktisch und ergebnisoffen gestalten	24
Anlagen	
1 Tagungsprogramm	26
2 Fragen an das Podium und die Workshops	28
3 Referenten und Moderatoren	32

Vorwort

Die Stadt als Familie sehen

Seit dem Jahr 2003 bearbeitet Wanzleben im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 das Thema „Urbane Familienfelder – die Stadt als Familie sehen“. Damit beschäftigt sich die 5.200 Einwohner zählende Bördestadt mit einem Phänomen, das seit den 1970er Jahren zunehmend Beachtung findet. Im Jahr 1997 gaben Stephanie Bock, Susanne Heeg und Marianne Rodenstein diesem Phänomen seinen Namen: die Krise der Reproduktionsarbeit. In der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg galt die Kleinfamilie mit dem erwerbstätigen Vater, der Hausfrau und Mutter sowie den von ihr zu versorgenden Familienangehörigen als Standard. Die Teilung in männliche Erwerbsarbeit und weibliche Versorgungsarbeit sorgte dafür, dass Haushalts- und Familienarbeit und damit die Reproduktionsarbeit, erledigt wurde. Dieses Modell geriet mit der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen und der Abweisung reproduktiver Arbeiten durch Männer immer mehr in die Krise. Diese Krise wurde durch die räumliche Verteilung der beiden Arbeitstypen in der funktionsgeteilten Stadt, in der Wohnen, Arbeiten, Einkauf und Dienstleistung sowie Freizeit möglichst strikt sektoral getrennt wurden, noch verstärkt und damit in der Stadtsoziologie zum Thema.

Die Kleinstadt Wanzleben, die ihre Kreisstadtfunktion und in der Folge Arbeitsplätze, Einwohner und Bedeutung verloren hat, ist dafür prädestiniert, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, denn trotz des Wenigerwerdens verfügt sie über ein reiches soziales Kapital. Ihr Anteil an gebildeten und aktiven Bewohnern ist hoch. Gegenseitige Hilfe und Kommunikation werden groß geschrieben. Die Stadt zählt 45 Vereine. Wanzleben wagt das Experiment, die zerreißenen Beziehungsgeflechte der ausdünnenden Gesellschaft mit einer unkonventionellen, generationsübergreifenden Familienpolitik zu stabilisieren. Dabei sollte nicht in erster Linie die Familie im klassischen Sinne gestärkt, sondern das System der Familie auf eine moderne städtische Gesellschaft übertragen werden.

Auf ihrer Fachtagung „Die Stadt als Familie sehen“ im April 2010 stellte die IBA-Stadt ihre Arbeit und die Ergebnisse zu Diskussion. In diesem Zusammenhang wurde über die städtischen Zeitstrukturen für Familien, familiäre Strukturen der Arbeit, familiäre Strukturen und Arbeit, familiäre Funktionen und bürgerschaftliches Engagement sowie über wirtschaftliche Potentiale der Versorgungsarbeit debattiert, mit überraschend konkreten Ergebnissen.

Im Plenum,
Kulturhaus Wanzleben



Stadtspaziergang, Litfaßsäule
der Volkssolidarität in den
Grünanlagen zwischen
Kulturhaus und Gymnasium



Stadtspaziergang,
Tagungsgäste im Gespräch
mit den Wanzlebenern





Stadtspaziergang, Litfaßsäule der Freiwilligen Feuerwehr



Erfolgreiche Stadtwette:
Mehr als 200 Menschen
mit Regenschirmen,
Blumensträußen, Kinderwagen,
über 60 Jahre alt, Anzugträger,
Kellner usw. trafen sich auf
dem Marktplatz.



Stadtspaziergang, Litfaßsäule
des Jugendclubs „Tenne“,
der in Trägerschaft des DRK
betrieben wird

Stadtspaziergang: Die Sekundarschule hat ihre Grundsätze und Traditionen auf der Litfaßsäule aufgelistet.



Foto-Ausstellung „Wir sind Familie“ (2004/2009), Veränderungen werden erläutert.



Zu Konzept und Methodik der Tagung

Ausgangspunkt

Die IBA Stadtumbau 2010 ist angetreten, um im Problemfeld „Stadtentwicklung ohne Wachstum“ zu experimentieren. Dabei sollten nicht nur baulich-räumliche Antworten gefunden werden. Vielmehr wurde ebenfalls der Frage nachgegangen, wie Kleinstädte oder Stadtquartiere in großen Städten gerade im Hinblick auf die aktuellen Prozesse demografischen Wandels und sozial-ökologischer Entwicklungen familiale, reproduktive, vorsorgende Funktionen öffentlich erfüllen können. In diesem Problemfeld arbeitete die Stadt Wanzleben von 2002 bis 2010 zum Thema „Urbane Familienfelder“. Ziele dieser Arbeit waren:

- die strategische Bedeutung von familienfreundlichen und generationsübergreifenden Angeboten zur Stabilisierung der demografischen Situation herauszustellen und dazu ein Handlungskonzept zu entwickeln;
- eine nachhaltige Netzwerkstruktur der für Familienaspekte relevanten Einrichtungen und Akteure aufzubauen;
- die Präsentation des Vorgehens, der Schwierigkeiten, Ergebnisse und Erfolge zum Abschluss der IBA Stadtumbau 2010 für die Öffentlichkeit.

Die Fachtagung zur Eröffnung der IBA-Präsentation der Stadt Wanzleben am 22. und 23. April thematisierte die Ergebnisse dieser Prozesse vor dem Hintergrund der Fragen, (a) wie eine Stadtöffentlichkeit organisiert sein und sich ausrichten muss, um Aufgaben der Fürsorge, Vorsorge, Sozialisation und Gemeinschaftlichkeit im Sinne einer (erweiterten Re-)Produktion ihrer Potenziale zu erfüllen und (b) was dies für ihre sozialpolitische Entwicklung heißt.

Konzeptionelles

Im Jahre 2007 hat die Stadt Wanzleben in ihrem Stadtentwicklungskonzept Leitbilder für Bevölkerung, Wirtschaft, Städtebau und Wohnen formuliert. Darin werden mehrere bisher vorhandene Ausgangspunkte für eine mögliche Stabilisierung der Bevölkerungsgruppe der Erwerbstätigen und damit für die Stabilisierung der Bevölkerungszahlen in der Stadt insgesamt dokumentiert:

- die Existenz traditionsreicher kleiner und mittelständischer Unternehmen mit einer hohen regionalen Verbundenheit;
- eine hohe Kompetenz der Bevölkerung bei der Bewältigung struktureller Umbrüche (nach der Wiedervereinigung);
- eine wirtschafts- und innovationsfreundliche Kommunalpolitik;
- steigende Chancen der Schulabgänger für eine Berufsausbildung und anschließende Beschäftigung vor Ort;
- wachsende Chancen für qualifizierte ältere Erwerbstätige im Berufsleben zu bleiben;
- familienfreundliche Lebensbedingungen (Kindertagesstätten, preiswertes Wohneigentum, enge familiäre Bindungen, Sicherheit, intakte Umwelt);
- fortbestehende enge Bindungen an den Heimatort auch nach der Abwanderung (Familie, Tradition der Schulfeste, Bindung an Wohneigentum).

In dieser Situation unternahmen die Wanzlebener Akteure in ihrem IBA-Prozess im Projekt „Urbane Familienfelder“ eine Justierung des Verhältnisses von inner- und außerhäuslichen Leistungen. Dabei wurde deutlich, dass die Arbeit an diesem Verhältnis zukünftiges Engagement auf mehreren Ebenen voraussetzt, u. a.:

- eine Stärkung der Leistungsfähigkeit der Haushalte durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für haushälterische, vorsorgende Tätigkeiten,
- eine Stärkung der außerhäuslichen Dienstleistungen (Nachbarschaft/ Stadtöffentlichkeit neben Markt und Staat),
- neue Arrangements der Verknüpfung inner- und außerhäuslicher Leistungen (neue Instrumente, Verfahren, auch Empowerment).

Im Verlaufe des Prozesses haben z. B. die Erfahrungen mit der ersten Familienmesse in Wanzleben gezeigt, dass eine gute Organisation gemeinschaftlicher öffentlicher Lernanlässe nicht gleichbedeutend mit guter Resonanz seitens der Bevölkerung sein muss. Es erwies sich als schwierig, die Bevölkerung in einem solchen Rahmen zu motivieren, sich über das weitgefasste Thema „Familie“ auszutauschen. Deshalb wurde auf Kontinuität gesetzt, zu allen Anlässen das Gespräch gesucht und schließlich im Jahre 2009 als eine Konsequenz aus diesen Erfahrungen mit Partnern und Akteuren das Familienbündnis gegründet.

Methodisches

Mit welchen Methoden lassen sich Gemeinschaftssinn und verantwortliche Kooperationen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen initiieren und stabilisieren? Mit Blick auf das Ziel der Stadt Wanzleben, die Stadtöffentlichkeit auf Familienfreundlichkeit und die Übernahme familialer Funktionen auszurichten, eröffnen sich mehrere sozio-kulturell und sozio-politisch relevante Perspektiven. Sie sind eng miteinander verwoben und mit mehreren Spannungsfeldern hinsichtlich der Vereinbarkeit verschiedener Interessen innerhalb der Gestaltung zivilgesellschaftlicher Prozesse konfrontiert:

- Individualität und Vielfalt,
- Chancengleichheit oder Diskriminierung,
- Kooperation,
- Befähigung (Empowerment) und Selbstbestimmung,
- (selbst-)reflexive Praxis und lebenslange (Weiter-)Bildung.

Als Startpunkt für die Erarbeitung der Tagungsmethodik wurden diese Perspektiven auf mehreren Ebenen für die Workshops aufbereitet:

- individuelle, lebensweltlich relevante Ebene,
- familiäre Ebene,
- Ebene des öffentlichen Raums,
- Ebene der Stadtentwicklungspolitik und Bürgerschaft.

Anspruch an die Gestaltung der Tagung war es, Kommunikation und Austausch zwischen den Akteuren der Stadt Wanzleben und denjenigen anzuregen, die sich in ihrer Forschungsarbeit auf einer eher abstrakten Ebene mit den Themen beschäftigen und als Fachreferenten und Moderatoren

eingeladen waren. Dieser Austausch zwischen den städtischen Akteuren und den wissenschaftlich arbeitenden Gästen sollte die für inter- und transdisziplinäres Forschen und Gestalten grundsätzlich geforderten offenen Experimentierfelder und Freiräume bieten. Hier sollten Gelegenheiten zu Austausch und Kommunikation geschaffen werden, die durch hohe Transparenz, Vermeidung von Hierarchisierung, Anregung von Neugierde, Intuition und spielerische Elemente gekennzeichnet sind. Gegenseitiges Verstehen und Verständnis waren somit die wichtigsten Ansprüche an die Gestaltung der Fachtagung.

In diesem Sinne entstand ein Tagungsprogramm mit einer Mischung aus Praxisberichten und theoriegeleiteten Vorträgen im Rahmen von Podiums- und Plenumsdiskussionen, Workshops, einem Stadtpaziergang, einer Stadtwette mit Jugendlichen sowie zwei Ausstellungen: die Fotoausstellung „Wir sind Familie“ der Stadt Wanzleben und die Fotoausstellung „Sozialraum“ des Projektes „Lebensweltanalyse in ausgewählten Stadtteilen Magdeburgs“ der Transferstelle „Nachhaltige Entwicklung & Zukunftsstudien“ am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Diese Mischung sollte sozial-ökologische Alltagspraktiken einer Stadt sichtbar und erlebbar machen und für einen transdisziplinären Austausch in Wert setzen.

Vorangehende Terminabsprachen und rechtzeitige Einladungen sicherten eine gute Beteiligung der lokalen Akteure und eine hohe Verbindlichkeit, die Tagung aktiv mit zu gestalten.

Reflexionen und Ergebnisse der Tagung

(Tagungsprogramm im Anhang)

Stadt und Reproduktion – Die Podiumsdiskussion

Das Verständnis einer Stadt als (re)produktiver Raum ermöglicht einen neuen Blick auf die Qualität von Alltagspraxen für die sozial-ökologische Entwicklung einer Stadt sowie auf die treibenden Kräfte ihrer Transformation. Formen neuer Wertschöpfungen kommen in den Blick, die von den Interessen und Strategien der Bürger getragen sind. Aus dieser Perspektive heraus werden Verknüpfungen zwischen (Familien)Haushalten und einer Vielzahl von Institutionen zum Zwecke der Alltagsversorgung sichtbar. Private Haushalte lagern entsprechend ihrer funktionalen Differenzierung in unterschiedlichem Maße gesellschaftlich relevante materielle und personale Versorgungsleistungen aus den häuslichen, lebensweltlichen Zusammenhängen aus. Sie werden dadurch in ein dichtes Netz von Infrastruktureinrichtungen eingewoben. Jede ehemals rein innerhäusliche Funktion ist nun durch einen Zusammenhang sich entsprechender und ergänzender inner- und außerhäuslicher Leistungen geprägt, die in dafür speziell zuständigen Institutionen und Systemen beheimatet sind.

Private Haushalte und ihr Beziehungsgeflecht, das durch Abwanderung und tägliches oder wöchentliches Arbeitspendeln von Haushaltsmitgliedern brüchiger wird, sind nicht immer in der Lage, diese Leistungen wieder zu integrieren. Tatsächlich sind sie jedoch nahezu die einzigen Versorgungssysteme, die die lebensweltlichen Bezüge nicht verloren haben. Haushaltsführung ist auf die unmittelbare und personelle Versorgung von Menschen ausgerichtet, nicht auf anonyme Bedarfe. Das Spezifikum privater Haushalte besteht darin, dass sie zusammenfügen, was getrennt ist. Sie leisten eine auf (Re-)Produktion orientierte Vermittlungsarbeit zwischen den Institutionen des Versorgungssystems und den Mitgliedern der Haushalte. Kann diese Vermittlungsarbeit mit dem Ziel, zu einem guten Leben aller Bewohner beizutragen, von einer kommunalen Öffentlichkeit übernommen werden? Und wenn ja, wie?

Das Auftaktpodium behandelte in der Diskussion um (re-)produktive Dimensionen einer städtischen Entwicklung mehrerer Fragekomplexe:

- (1) Was sind Assoziationen zum Thema „Die Stadt als Familie sehen“?
- (2) Welchen Indikatoren können aufzeigen, dass eine Kommune ihre Pflichten der Daseinsvorsorge für Familien erfüllt, dass Familien sich in der Stadt willkommen fühlen und dass die Stadtöffentlichkeit familiäre Funktionen übernehmen kann, wenn die sozialen Beziehungen infolge verschiedenartiger Schrumpfungsprozesse ausdünnen?
- (3) Wer profitiert von welchen (bestehenden?) Unterstützungssystemen? Wer unterstützt wen, und wer bestimmt Art und Form der Unterstützung? Welche Anerkennungs- und Unterstützungsstrukturen brauchen familiäre Systeme sowohl auf der sozio-ökonomischen als auch auf der sozio-kulturellen Ebene?

Assoziationen zum Thema „Die Stadt als Familie sehen“ verorteten traditionelle Familien- und Hausarbeit u. a. als unbezahlte Basis der Marktwirtschaft. Innerhalb dieses Arbeitsbereiches war und ist die Zeit für reproduktive Tätigkeiten zwischen den erwachsenen Familienmitgliedern ungleich verteilt. Die Frage ist, wie eine Stadt, welche sich als Familie versteht, einengende Faktoren von sozialer Kontrolle in kleinen und Anonymität in größeren urbanen Zusammenhängen in eine Offenheit von Strukturen wandeln

kann, die Formen der Vorsorge und eines Gemeinwesens jenseits traditioneller Familienverbände bietet.

„Stadt als Familie“ statt „Stadt als Unternehmen“ zu sehen, das wurde positiv aufgefasst und als Zeichen eines neuen Wirtschaftsverständnisses gedeutet, in dessen Mittelpunkt die Bedürfnisse der Menschen stehen, nicht der ökonomische Gewinn. Außerhäusliche Dienstleistungen (Servicehäuser) könnten hier Chancen für Verbundsysteme von Haushalten und Versorgungsservicestrukturen bieten.

Stadt wie Familie organisieren? Das funktioniert nicht, war eine andere Position. Familien organisieren sich nach Herkunft und privaten Beziehungen, während Stadtstrukturen auf gesellschaftlichen Aushandlungen und demokratischer Wahl aufbauen. Tatsächlich aber „bluten“ ganze Regionen in Folge der Globalisierung aus; Städte werden verlassen, weil es keine Arbeitsmöglichkeiten gibt. Chancen für Re-Regionalisierung und Re-Kommunalisierung werden demgegenüber darin gesehen, Zukunftsperspektiven und Sicherheit im Miteinander sowie Fähigkeiten verschiedener städtischer Akteure (auch der Familien/Mitglieder) zu kombinieren.

Stadt kann Gemeinschaft fördern und Initiative ermöglichen. Aufgaben einer Stadtöffentlichkeit, um familiäre Funktionen zu übernehmen, können sein:

- Eltern und Kindern Vorrechte einzuräumen,
- Möglichkeiten für Jugendliche zu schaffen, um das Alleinleben zu lernen,
- Familienpatenschaften zu initiieren,
- im Eingemeindungsprozess die Stadt zentral belassen und die Gemeinden in einen Bezug zu ihr zu setzen, bspw. durch geeigneten ÖPNV oder den Beschluss eines Bürgerhaushalts.

Gerade der letzte Punkt bedeutet eine neue Verortung des Familienbündnisses in der städtischen Politik. Wie kann es im neuen Gemeindeverbund weiterentwickelt und etabliert werden, in Kooperationen mit Unternehmen bspw. in der Wohnungspolitik? Die Stadt Wanzleben verwirklichte ihr Anliegen, Verantwortung für die Daseinsvorsorge für Familien zu übernehmen, im Rahmen des IBA-Prozesses durch die Suche nach den sozialen und ökonomischen Stärken der Stadt. Dabei wurden viele Formen informeller Hilfe und Zusammenarbeit sichtbar, die im ländlichen Raum ja auch durchaus üblich sind. In diesem Sinne kann staatliche/kommunale Daseinsvorsorge bedeuten: Wir müssen uns gemeinsam und gegenseitig versorgen, für uns selbst sorgen.

Die Familie ist als Kern der Gesellschaft vom Grundgesetz geschützt. Vor diesem Hintergrund wurden in der Podiumsdiskussion das Füreinander und Miteinander kritisch als wertkonservative Grundsätze angesprochen. Es stellte sich die Frage nach Formen des Miteinanders jenseits von konventionellen Mensch- und Gesellschaftsauffassungen.

Das Miteinander gestalten: Dies steht zu oft – beeinflusst von einem subjektiven Innenblick der jeweiligen Akteure – unter dem Druck der Konkurrenz unter denjenigen, die Gutes tun wollen, wodurch es nicht der Klientel nutzt. Mehrere Schuldner- oder Suchtberatungsstellen oder verschiedene undifferenzierte Angebote der Jugendarbeit benötigen mehr Ressourcen, ohne die Lebensqualität zu erhöhen. Dies sollte überwunden werden. Vielleicht könnte das in Wanzleben durch eine gemeinsam gestaltete, aufsuchende Sozialarbeit geschehen.

Wer unterstützt wen, und wer bestimmt die Art und Form der Unterstützung? Die Diskussionsteilnehmer sehen in Hilfen zur Selbsthilfe, in der Ermutigung von Vereinen/Initiativen und in der persönlichen Ansprache der Bürger

einen Weg zur Organisation von Hilfe. Demgegenüber wurde aber auch vom „Terrorismus der Wohlfahrt“ gesprochen: Anerkennungs- und Unterstützungsstrukturen brauchen einen Mentalitätswechsel, in welchem sowohl Anbieter als auch Empfänger von Unterstützung lernen müssen, sich selbst zu reflektieren und die eigene Rolle zu bestimmen. Ein Referent berichtete in diesem Zusammenhang, dass Versuche der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für kommunale Altershilfe in einer Kommune an den „Ideologien“ der Akteure gescheitert ist. Aus diesen Erfahrungen heraus wurde vorgeschlagen, statt von „Familie“ eher von „Haushalt“ zu sprechen, um ideologische Grabenkämpfe um die „richtige Familie“ zu vermeiden.

Unterstützende Akteure brauchen Raum, um selbst tätig sein zu können. Freiheit und Chancen dafür wurden im Vergleich zu urbanen Regionen im ländlichen Raum und in den Kleinstädten als größer angesehen. Wie aber können bestehende Unterstützungsstrukturen für die gesellschaftliche Entwicklung wertvoll werden? Die ersten Mehrgenerationenhäuser schließen wieder, weil sie von einer Förderpolitik getragen wurden, die nicht die Initiativen direkt unterstützte, sondern hierarchisch „von oben“ betrieben wurde. In solchen Situationen bleibt die Resonanz häufig aus. Es sollten die Ziele der Förderung beschrieben werden, aber die Verantwortung für die Schwerpunktsetzung und die Vorgehensweisen können die Bürgerinnen und Bürger selbst übernehmen.

In Workshops wurden vier Themen differenzierter angesprochen (zu Zielen der Workshops und Fragen an die Referenten siehe ausführlich im Anhang):

- I. Städtische Zeitstrukturen für Familien,
- II. Familiäre Strukturen und Arbeit,
- III. Familiäre Strukturen und bürgerschaftliches Engagement,
- IV. Wirtschaftliche Potenziale der Eigen- und Versorgungsarbeit.

Die Workshops I und II wurden aufgrund einer geringeren Zahl Teilnehmender zusammengelegt.

I. Städtische Zeitstrukturen für Familien / II. Familiäre Strukturen und Arbeit

Ziele des Workshop I waren mögliche Arrangements für die Vereinbarkeit inner- und außerhäuslicher Sorgepotentiale sichtbar werden zu lassen sowie Hinweise für die Kommunalpolitik hinsichtlich folgender Aspekte zu erarbeiten: Wie kann ein Bewusstsein für Zeitmanagement geschaffen werden, und wer ist in den Kommunen ansprechbar? Welche mögliche Zeitrhythmen gibt es in einer städtischen Gemeinschaft? Welche Formen der Synchronisation von Prozessen und Übergänge dazwischen können identifiziert werden? Ziele des Workshops II waren, sichtbar zu machen, welche Arbeit Familien leisten, wie viel von dieser Arbeit die Öffentlichkeit unter welchen Bedingungen übernehmen kann und welche Strukturen dafür geschaffen werden müssen.

Ist die Suche nach Vereinbarkeit inner- und außerhäuslicher Sorgepotentiale Zwang oder Chance, Pflicht oder Kür für eine Kommune? Kann/soll Stadt jene Leistungen simulieren/ersetzen, die in Familien verlorengegangen sind? Zu Beginn der Diskussion beider zusammengelegter Workshops sammelte die Gruppe – ausgehend von den eigenen Alltagserfahrungen im Umgang mit Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen Zeitnot und Zeitwohlstand – Bedingungen, die mit dem Wandel von Erwerbsarbeit einhergehen, so bspw. die Erosion „fester“ Strukturen, existentielle Unsicherheit und der Verlust an Kompetenzen.

Wie kann die Stadt vor diesem Hintergrund Familien stützen und auf den Wandel familialer Strukturen reagieren? Kann die Stadt familiäre Leistungen

substituieren – ist das nicht ein zu hoher Anspruch? Wenn doch: Benötigt man dafür einen erweiterten Familienbegriff? Wie lässt sich vermeiden, dass labile Familienstrukturen in die kommunale Sphäre eingetragen und verfestigt werden? Und umgekehrt: Wie kann die Stadt die Kernmerkmale der Familie im positiven Sinne, z. B. Akzeptanz, Vertrauen und Solidarität, schaffen? (Impulsreferat André Schönewolf & Susanne Lantermann)

Ausgehend v. a. von den Impulsreferaten von Marc Gärtner und Stephan Höyng bildete das Thema Geschlechterverhältnisse einen Schwerpunkt der Diskussion: Welche Konsequenzen resultieren aus der Erosion der Normalarbeit(szeit) für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, und welche Konsequenzen hat das insbesondere für die Männer? Erste Erkenntnisse dazu deuten darauf hin, dass sich ein Einstellungswandel in Bezug auf Reproduktionstätigkeiten und v. a. auf Erziehungsaufgaben bei den Männern bereits zeigt, der jedoch, weil die (Zeit)Strukturen in den (privaten und kommunalen) Unternehmen dem entgegenwirken, keine Entsprechung in der realen (re)produktiven Arbeitswelt findet.

In der Diskussion wurden mehrere Wünsche in Bezug auf die Zeitstrukturen einer Stadt formuliert:

- Die Stadt sollte der Tendenz zur räumlichen und zeitlichen Entgrenzung von Erwerbsarbeit mit der Folge des Anpassungszwangs der Reproduktionsarbeit entgegenwirken (z. B. durch familienfreundliche Erwerbsarbeitszeiten),
- Projektphasen statt starrer Schulzeiten,
- Stadt der „kurzen Wege“: Mobilität neu denken/organisieren,
- Zugang in der Zeit zu öffentlichen/privaten Dienstleistungen überprüfen: Sind sie bedürfnisgerecht (Zeitbörse, Zeitbüro)?

Im Verlauf dieser Sammlung wurde ein zentrales Zeitdilemma offensichtlich: Partizipation bedeutet mehr Zeit für politische (Entscheidungs)Prozesse. Dies steht allerdings dem Entscheidungsdruck der öffentlichen Träger entgegen, der insgesamt weniger Zeit für politische Prozesse lässt.

Anforderungen an Stadt und Zivilgesellschaft, mit diesem Dilemma konstruktiv umzugehen, wären dementsprechend:

- Zeit schaffen für diejenigen, die wenig davon haben,
- diejenigen verantwortlich einbinden, die mehr davon haben,
- Ressourcen, wie Arbeit und Zeit, gerecht verteilen.

Auch in Bezug auf die Arbeitsstrukturen einer Stadt wurden Wünsche formuliert:

- existenzsichernde Erwerbsarbeit schaffen,
- vorrangig Alleinerziehende beschäftigen,
- Regionalisierung von Wirtschaften/Arbeiten/Stoffkreisläufen (z. B. Gemeinschaftsgarten),
- in Planungen alle Familienmitglieder bedenken,
- alternative Tätigkeitsfelder schaffen – Anerkennung ermöglichen (z. B. Eigenarbeit, Gemeinschaftsgarten).

Bedingungen, diese Wünsche zu erfüllen, wurden darin gesehen:

- lokaler/regionaler Ökonomie (z.B. Gemeinschaftsgarten) mehr Wertschätzung entgegen bringen,
- kommunalpolitische und administrative Strukturen bedürfnisgerecht(er) umgestalten, d. h. zum Beispiel Handlungs- und Entscheidungskompetenzen erhöhen und finanzielle Ausstattung verbessern,
- Aktivierung aller potentiellen Anbieter von Arbeit vor Ort,
- Ansprache aller Familienmitglieder; ggfs. Qualifizierung/Bildung,
- Anerkennungskulturen aufbauen,
- „Freiwilligenagenturen“/Tauschbörsen initiieren.

III. Familiäre Funktionen und bürgerschaftliches Engagement

Ziele dieses Workshops waren, zu reflektieren, was Kommunalverwaltungen (oder der Staat) von der Bürgerschaft für die Lösung von Versorgungsproblemen/Erfüllung reproduktiver Funktionen erwarten können und wo sie selbst gefordert sind, wie die Kommune/die Stadt/der Staat das Engagement der Bürger fördern kann, und was kommunale Strukturen bisher leisten und zukünftig leisten sollen, um eine Stadt zur „Familie“, zu einer sich gegenseitig stärkenden Gemeinschaft, werden zu lassen.

Das Gespräch förderte eine Vielzahl von konstruktiven Verknüpfungen der verschiedenartigen Ressourcen von Bürgern/Haushalten/Familien einerseits und Kommune andererseits zutage. Dazu gehören die kurzen Wege, die familial-nachbarschaftliche Strukturen in der Kleinstadt oder im Wohnquartier ermöglichen. Sie sind den Verwaltungen nicht zugänglich, können aber sehr effektiv zur Problemlösung beitragen. Werden diese informellen Lösungswege anerkannt und propagiert, kann die Stadt auch erwarten, dass die Bewohner sie nutzen. Einig waren sich die Gesprächspartner darin, dass die Verwaltung nicht alles leisten kann und muss, sondern auf eigenständige Menschen vertrauen darf. Dies öffentlich zu machen, bedeutet auch, die Fähigkeit der Bürger, Probleme zu lösen, anzuerkennen, selbst wenn Bürgermeister oder Amtsleiter mal eine andere Position haben oder einen anderen Weg gewählt hätten. Um das nachbarschaftliche Potenzial der Bürger nutzen zu können, muss ausgehandelt werden, wofür sie eigenständig zuständig sind. Es müssen Bedingungen des Gelingens bestimmt werden, die eine Kommune schaffen muss, damit sich Familien und Nachbarschaften für eigene Belange stark machen können.

Verschiedene Bewohnergruppen übernehmen Verantwortung, wenn es um etwas geht, das ihnen wichtig ist. So zeigte die Stadt Wetzlar in Wetzlar, wie der Wetteinsatz – Unterstützung für die Gestaltung des Schulgartens durch das Familienbündnis – die Kräfte der Jugendlichen anspornte. Auch das Vertrauen, dieses „die Schüler werden das schaffen“, hier von Lehrern und Pädagogen geschenkt, ist eine Voraussetzung für gelingende Verantwortungsübernahme. Dieses Beispiel zeigt, dass eine Stadtverwaltung gefordert ist, Vertrauen in die Verantwortungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und die Potenziale ihrer Bewohner, Probleme zu lösen, bekannt machen und Erfolge aufzubringen und zu würdigen.

Wetzlar hat dabei in besonderem Maße gezeigt, wie die Stadt Jugendlichen Raum zum Ausprobieren gibt. Aktionen wie „Kinder stark machen“, die „Rumtreiber-Rallye“, in der sie die Stadt aus ihren Augen zeigen können, stehen exemplarisch dafür. Eine städtische Öffentlichkeitsarbeit, die nachbarschaftliche/familiäre Ressourcen sichtbar macht, fordert

weiteren Einsatz der Bewohnerschaft heraus. Die Vorbericht- und Nachberichtserstattung zur Stadtwette beweist das. Wichtig ist es dabei, die Gegenseitigkeit der Leistungen von und für verschiedene Bewohnergruppen zu verdeutlichen: Es wird nicht nur etwas für die Kinder und Jugendlichen getan oder für die Nutzer der „Tafel“, sondern jeder gibt jedem etwas – in der jeweils möglichen Form.

„Ähnliche Menschen bringen keine Stadt zuwege.“ (Aristoteles) Eine Stadtverwaltung, die die Unterschiedlichkeit der Bürger so rückhaltlos anerkennen und würdigen kann wie eine Familie die Stärken und Schwächen ihrer Mitglieder akzeptiert, gewinnt immer wieder neue Impulse und Kapazitäten. Wenn öffentliche Versorgungsangebote dem fortschreitenden Bevölkerungsrückgang zum Opfer fallen, muss eine Vielzahl von Aufgaben neu organisiert werden. Für- und Vorsorge, Sozialisation und Gemeinschaftlichkeit gehören zum Kernbestand eines attraktiven Lebensumfeldes und können von starken, vertrauensvollen, experimentierfreudigen Kommunalverwaltungen gemeinsam mit wertgeschätzten Bewohnern ausgehandelt und gestaltet werden.

Städte sollen besonders für Kinder und Jugendliche Anlässe und „Bewährungsproben“ (wie die Stadtwette) schaffen, damit unterschiedliche Bewohnergruppen sich so begegnen können, dass sie ihre verschiedenen Potenziale wahrnehmen (bspw. Feuerwehr mit Kita, Bildungshaus mit Senioren, freie Jugendhilfe mit Unternehmerstammtisch). Damit wird die Lust auf Neues gepflegt, werden Neugier aufeinander und Überraschungen kultiviert. Das Fremde wird auf diesem Weg vom Unverständlichen, gar Gefährlichen, zum Möglichen. Sektorale Trennungen in Ämtern sind leichter zu überwinden und stagnierende Institutionen bekommen neue Impulse. Beispielsweise ließen die Ämter in Wanzleben eine schnelle Umsetzung der Stadtwette zu (z. B. Absperrung des Marktplatzes, Jugendliche organisieren selbstständig Megafon und Kuchenbasar). Die Stadtwette steht für die fördernden Pendelbewegungen zwischen formeller und informeller Welt, zwischen Verwaltungen/öffentlichen Einrichtungen und Familien/ Nachbarschaften und belegt deren großes Gestaltungspotenzial.

Jugendliche wollen in der Öffentlichkeit gesehen werden, sich zunehmend in „Erwachsenenrollen“ ausprobieren. Damit werden ihre privaten Vorstellungen auch von Gemeinschaftlichkeit und Fürsorge öffentlichem Diskurs zugänglich, werden Punkte auf der politischen Agenda einer Kommune. Wenn eine Stadt so wie Wanzleben das Rollenspiel, den öffentlichen Auftritt fördert, den Jugendlichen zuhört/zusieht, sie ernst nimmt, können neue soziokulturelle Ideen und Verhaltensformen entstehen. Ein Jugendlicher, der sich traute ins Altenheim zu gehen und zur Wette aufzurufen, erreichte, dass die Seniorenanzahl der Wettkonditionen spielend erreicht wurde.

Die Stadtwette war im Rahmen der Fachtagung ein Anlass, sich die Stadt spielerisch anzueignen. Dieses „Spiel“ ist nicht standardisierbar, aber in jeweils eigensinniger Vielfalt wiederholbar, wenn der Nährboden dafür bereitet wird. Dazu gehört, dass die professionelle Jugendhilfe Bewährungssituationen für Kinder und Jugendliche schafft und Selbstorganisation ermöglicht. Jugendliche geben selbst Impulse, sie aktivieren die Erwachsenenwelt, stellen Ebenbürtigkeit her; aus Bedürftigen, zu Versorgenden werden Könnern und Gestalter von Familie, Nachbarschaft, Kommune. Für alle Generationen kann auf diese Weise eine Mischung aus Geben und Empfangen, Fürsorglichkeit und Angebot entstehen.

Die Arbeit des Familienbündnisses vereint die familiäre und nachbarschaftlichen Strukturen mit denen der Verwaltung und erster Wirtschaftsunternehmen. In den Aushandlungen für ein konstruktives Verhältnis von kommunalen Pflichtaufgaben und freiwilligen Maßnahmen, von formeller und informeller Arbeit kann es immer wieder Kooperation einfordern. Die einzelnen Bewohner einer Stadt sind eher durch Themen und Aufgaben

als durch Gremien ansprechbar. Nachbarschaftshilfe und Familienaufgaben im Sinne der Angewiesenheit aufeinander zeigen das Potenzial gesellschaftlichen Engagements als Arbeit.

Ist die Daseinsvorsorge in schrumpfenden Städten ein Problem der effektiven Verbindung öffentlicher und privater Steuerung und Regelung (Governance-Problem)? In Wanzleben scheint dies der Fall zu sein. Viele Verbesserungen ihres Lebensalltags haben die Bewohner durch Aktivierung der engeren und weiteren Familien, der Nachbarschaften und Vereine erreicht. Für manche Qualitäten hat die Stadt mit ihren Institutionen Verantwortung übernommen (z. B. Bibliothek, barrierefreies Wohnen, Spaßbad). Das Familienbündnis hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle Kräfte (neben Bewohnern, Vereinen, Verbänden und Verwaltung auch Unternehmen) für eine lebenswerte und familienfreundliche Stadt zu bündeln.

IV. Wirtschaftliche Potentiale der Eigen- und Versorgungsarbeit

Ziel dieses Workshops war die Verunsicherung der Wahrnehmung und Bewertung von Vorsorge- und Versorgungsarbeiten als (Nicht-)Wirtschaft. Dies bedeutete, in eine gemeinsame Diskussion darüber zu kommen, wie sich Arbeit, die als so genannte Erwerbsarbeit bezeichnet wird, durch die Wahrnehmung und Bewertung von Vorsorge-/Versorgungsarbeiten verändert, wer die Reproduktionsarbeit für welchen Lohn übernehmen soll und welche anderen Formen der Finanzierung denkbar bzw. nötig wären, wie Reproduktionsarbeit gemeinschaftlich geteilt werden kann, und was daraus für die ökonomische Situation der Stadt folgt.

Ein interessanter Gedanke, der diesem Workshop voran gestellt wurde, war, dass die Logik der Arbeit die Eigenarbeit höchstens als Ausnahmezustand kennt. Und überhaupt Versorgungsarbeit: Ist die denn in der Logik der Arbeit überhaupt der Rede wert?¹

Im Haus der Eigenarbeit (HEI) in München geschieht – vermittelt über Eigenarbeit in der Öffentlichkeit – Soziales, Kulturelles und Handwerkliches. Die öffentliche Anerkennung und Unterstützung durch die Stadt München wurde auch über Umwege erreicht worden (z. B. Bürgerbriefe an die Stadt). Das Miteinander im HEI entsteht über handwerkliches Arbeiten. Das Haus finanziert sich durch Nutzungs- und Kursgebühren oder Vermietungen. Die Menschen schätzen am HEI, dass es keine Ideologisierung von Eigen- und Erwerbsarbeit gibt.

In Wanzleben wird die handwerkliche Arbeit in Kellern, Garagen und Gärten gemacht. Sie ist darin so öffentlich wie dörfliche Nachbarschaft. Kann diese handwerkliche Arbeit – als Eigenarbeit anerkannt – gesichert und sozial integriert werden? Kann so aus der Versorgungsarbeit mehr gutes Leben entstehen? Wie wäre es beispielsweise, in Wanzleben in den Schrebergärten Eigenarbeit mit sozialer (Ver)Sorgungsarbeit zu verknüpfen, zum Beispiel mit der Tafel Wanzleben? Dem Stichwort „Innovationsversessenheit“ bewirkt Reproduktionsvergessenheit“ mag sich die spezifische Situation Ostdeutschlands entgegen stellen: Im Osten wurde viel öfter repariert statt weggeschmissen – und das mit großem Erfindungsreichtum.

Regionale Währungen entstanden, weil weltweit handelbares Geld nicht alle Wirtschaftsprozesse sinnvoll vermitteln kann. Einen großen Teil der Volkswirtschaft machen Schenkungen aus oder das „Tauschen über den Gartenzaun“. Im Bereich der Regionalwährungen gibt es viele Netzwerke von Bürgern und Unternehmen, die sich eigene Kredit- bzw. Tauschsysteme geschaffen haben. Würde dies geografisch dargestellt werden, dann sähe eine entsprechende Landkarte wie zu Luthers Zeiten aus. Gerade durch Kaufen – Tauschen – gemeinsam Nutzen – Schenken zeichnet sind gemeinsames Wirtschaften aus. Erfahrungen der WIR Bank Genossenschaft aus der Schweiz weisen die wirtschaftsstabilisierende Funktion von Zweitwährung(en) nach. In Japan vermitteln regional unterschiedliche Währungen zwischen verschiedenen Arbeiten, bspw. als Pflegewährung. Hier entsteht Wirtschaften aus der Verknüpfung von bedürfnisorientierten Arbeiten durch Währungen.

Wanzleben hat ja schon seinen Taler. Wie wäre es eigentlich, wenn die Stadtwerke den Taler akzeptieren würden, so wie Schönau den Chiemgauer akzeptiert? Bisläng gibt es bei der Biomasse eine Zusammenarbeit mit Bauern und auch Reparaturen werden häufig an regionale Firmen vergeben. Da ergeben sich Einsatzfelder für eine regionale Währung. In der Schlussrunde signalisierte die Vertreterin der Wanzlebener Stadtwerke, dass sie sich vorstellen können, über die Annahme einer Zweitwährung nachzudenken.

In Deutschland gibt es ca. 300 Lebensgemeinschafts- und Kommune-Projekte. Dazu gehört die Kommune Niederkaufungen, die eine Gemeinschaftsökonomie hat. Gewirtschaftet wird in verschiedenen

¹ Die Arbeitsgebiete der Referenten und Moderatoren werden im Anhang beschrieben (Anlage 3).

Unternehmensbereichen und Wohngruppen. Was neben der gemeinschaftlichen Versorgung benötigt wird, kauft der Einzelne mit Geld aus der Gemeinschaftskasse. In der Kommune liegt der Lebensunterhalt pro Person bei 900 Euro monatlich. Die Kommune Niederkaufungen übernimmt Verantwortung für das gute Leben ihrer derzeit etwa 80 Mitglieder. Aber sie erhebt auch die politische Forderung, dass öffentliche Daseinsvorsorge nicht aufgegeben werden darf. Lebensgemeinschaften verschieben die gegebenen sozialpolitischen Rahmenbedingungen, indem sie mit alternativen wirtschaftlichen Potentialen Freiräume schaffen. Sie ermöglichen ihren Mitgliedern z. B., sich in neuen Arbeitsfeldern auszuprobieren, auch wenn das erst einmal Kosten verursacht. Die Mitglieder stehen wie in einem übergroßen Familienhaushalt ohne nach dem Tauschwert zu fragen füreinander ein. Sie schaffen durch ihre gebrauchtwertorientierte Arbeit neue Arbeitsfelder. Dies wirkt auf die politischen Rahmenbedingungen zurück und verschiebt wiederum lokale und regionale wirtschaftlicher Potenziale. Kommunen und Regionen sollten daher die Ansiedlung von Kommunen ermöglichen, denn dies gibt ihrer Entwicklung neue Impulse. In der Diskussion wurden ostdeutsche Erfahrungen im Vergleich zur Kommune mit dem Gefühl betrachtet, dort etwas Vertrautes aus DDR-Zeiten zu finden, zum Beispiel gemeinsam Probleme zu lösen, Arbeiten auszutauschen, Dinge gemeinsam zu nutzen etc. All dies schien den Teilnehmenden aus Wanzleben vertraut. Am Ende des Workshops entstand die Idee, ob das jährliche Treffen derjenigen, die in Kommunen leben wollen, demnächst nicht in Wanzleben stattfinden sollte.

Diskussion einiger ausgewählter Aspekte

Im Bericht der Stadt Wanzleben über die Fachtagung werden die Einbeziehung der Bevölkerung, bürgerschaftliches Engagement, die Nutzung der vorhandenen Ressourcen und die Vernetzung der Strukturen sowie die Übertragung von Verantwortung auf die Bürgerschaft als unverzichtbare Stützpfeiler für die Bewältigung der zukünftigen kommunalen Aufgaben benannt (Sachbericht zur Fachtagung, Stadt Wanzleben, Amt für Soziales).

Wie muss in diesem Sinne eine Stadtöffentlichkeit organisiert sein und sich ausrichten, um Aufgaben von Fürsorge, Vorsorge, Sozialisation, Gemeinschaftlichkeit im Rahmen einer erweiterten (Re)Produktion ihrer Potenziale zu erfüllen? Dies ist die Kernfrage, um die sich die Auseinandersetzung der Stadt Wanzleben im Verlauf ihres IBA-Prozesses drehte und die die Fachtagung unter ausgewählten Blickwinkeln und Themenschwerpunkten beleuchtet hat. Aus den Erkenntnissen und Ergebnissen der Podiums- und Workshopdiskussionen ergaben sich im Nachgang zur Tagung mehrere interessante Diskurse (vgl. u. a. auch Ergebnisse der Konferenz „Über Leben im Umbruch“, Berlin, Mai 2010):

- Worin können Inklusionsstrukturen für die sozial-ökologische Transformation einer Stadt bestehen (Gartenprojekt, Kleingärten etc.)?
- Welche Zeit(en)-Räume ermöglichen Bereitschaft und Engagement, an Aushandlungen und ihrer institutionellen Verankerung konstruktiv mitzuwirken?
- Strukturen der Ungleichzeitigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft, Haushalt und Stadt, Erwerbsarbeit und Versorgung stehen in einem Spannungsverhältnis zum familialen Erfordernis der Synchronisation von Räumen, Zeiten und Prozessen: Was ist also sozial-ökologisch unter den Bedingungen von Ungleichzeitigkeiten lebbar?

Mit Notizen, Resümees, Nachlesen reflektierten Referenten, Moderatoren und Teilnehmende unterschiedliche Aspekte aus der Themenfülle und stellten diese Reflexionen für die Dokumentation der Tagung zur Verfügung. Sie sind im Folgenden in Bezug auf die oben genannten Diskurse und in Verbindung mit bereits geleisteter Arbeit aus der sozial-ökologischen Forschung² unter mehreren Perspektiven dargestellt:

Inklusionsstrukturen für die sozial-ökologische Transformation einer Stadt:
Ermöglichung und Anerkennung experimenteller Räume
Ergebnisoffene Prozesse – Gemeinsam lernen statt belehren

Ermöglichungsstrukturen für konstruktive Aushandlungsräume:
Institutionen schaffen, die Reflexion fördern und Ungewissheit ertragen
Bündnisse geduldiger Partner initiieren

Sozial-ökologische Lebenswelten unter Bedingungen von Ungleichzeitigkeiten:
Aushandlung ihre Zeit lassen
Beteiligung alltagspraktisch und ergebnisoffen gestalten

² Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (www.vorsorgendes-wirtschaften.de); u. a.: Forschungsverbund Blockierter Wandel (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, München: oekom Verlag

Ermöglichung und Anerkennung experimenteller Räume

Experimentelle Räume entstehen dadurch, dass Menschen in ihren Alltagsprozessen sich selbst und ihre Lebensorte neu und vielfältig miteinander in Beziehung setzen. So ermöglichen sie Chancen für unvorhergesehene Koalitionen und Aushandlungsprozesse. Sie schaffen Situationen, in denen die Beteiligten entgegen Gewissheiten und einseitigen Erklärungsmodellen ihre eigene Lebens- und Alltagserfahrung als selbstreflexiv behaupten, weiterentwickeln und in das Gemeinwesen einbringen können. Die institutionelle Anerkennung und Stabilisierung von bereits vorhandenen experimentellen Aushandlungsräumen – wie in Wanzleben dem Familienbündnis oder den Familientagen – kann kontinuierlichen Austausch sichern.

Kreatives Potential stärken

In dieser Kontinuität können ökonomisch und sozial stabile Einheiten als Grundlage für kreative Entfaltung geschaffen werden. In jeder Lebensgemeinschaft, ob Familienhaushalt oder Kommune, gibt es ein vielfältiges kreatives Potenzial, das für eine Gemeinde fruchtbar gemacht werden kann. Wie also können Räume erschlossen werden, die jenseits ausgetretener (Lebens-)pfade und nicht mehr lebbarer Haushalts- und Familienstrukturen, also jenseits von Mainstream-Kultur die Bedürfnisse und Kapazitäten/Ressourcen der städtischen Bevölkerung neu kombinieren? Impulse dafür können auch von „außen“, von „Fremden“, von Begegnungen mit anderen Lebensstilen und konstruktiver Auseinandersetzung damit kommen. Die Stadt kann die Räume zur Verfügung stellen und durch eine Ermöglichung oder Ansiedlung von Gemeinschaftsprojekten verschiedener Art „neue“ Menschen in die Region holen. In diesen Zusammenhang gehören die auf der Fachtagung angestoßenen Überlegungen der Stadt Wanzleben, Ausrichter eines Treffens von Wohnprojekt-Interessenten zu werden. (Steffen Andreae)

Utopische Kraft als sinnvollen Akt begreifen – „Ja“ zu Experimentierbereitschaft

In der Ermöglichung kreativer experimenteller Räume liegt utopische Kraft. Lebens- oder Wirtschaftsgemeinschaften innerhalb einer Stadt haben das Potenzial, langfristig eigene stabile Alternativen aufzubauen. Bürger setzen sich durch das Sichtbarwerden von neuen Ideen mit anderen Lebens- und Wirtschaftsformen auseinander. Es ist daher sinnvoll, Lebenszusammenhänge zu fördern, die zur Vielfalt sozialer Strukturen beitragen und Entwicklungsoptionen aufzeigen. Die Bereitschaft, alternative Lebenskultur innerhalb einer Gemeinde zu unterstützen, bedarf eines inneren „Ja“ vonseiten der Politik und Verwaltung. Nach einem solchen politischen Bekenntnis müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ermöglichen, dass gemeinschaftliche Wohnformen sichtbar und aktiv in Erscheinung treten können. Größere Gemeinschaften wären sicherlich sogar in der Lage, ein eigenes Netz zu schaffen, das offen wäre für die Menschen der Gemeinde, die verschiedenen Institutionen, Vereine, Gruppierungen und Gewerbe. (Steffen Andreae)

Ergebnisoffene Prozesse – Gemeinsam lernen statt belehren

Das Wissen und die Erfahrung aller beteiligten Akteure erfährt in ergebnisoffenen Prozessen eine gleichberechtigte, transparente und aufeinander bezogene Anerkennung. Auf diese Weise können sich vielfältige Wissensbestände verdichten und ein gemeinsamer Lernprozess entstehen. Gemeinsame Erkenntnisse und Erfahrungen finden kontinuierlich Eingang in fortlaufende Entwicklungen und schaffen experimentelle Situationen für erneutes Lernen. Die Aktion „Wir sind Familie“ setzte einen solchen gemeinsamen Lernprozess in Gang, der u. a. in der Stadtratsdiskussion um einen „Familienvermerk“ für alle Beschlussvorlagen resultierte.

Vom Versorgt-Werden zur gemeinschaftlichen Versorgung

In Wanzleben gibt es diverse Möglichkeiten, miteinander zu wirtschaften und Möglichkeiten zur Selbstversorgung sind auch vorhanden. In Kleinstädten sind die Bedingungen für die Subsistenz oft gut, es gibt Platz und Raum, die Beziehungen sind weniger anonym, viele Menschen verfügen über (insbesondere handwerkliche) Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen, Dinge für den täglichen Bedarf selbst herzustellen oder zu reparieren. Der Schritt vom Versorgtwerden zur Selbstversorgung bzw. gemeinschaftlichen Versorgung ist ein Schritt weg vom gängigen Wirtschaftsverständnis. Es ist die Frage, ob es gelingen könnte, die allgemeine wie individuelle Unsicherheit durch Strategien der Subsistenz zu reduzieren. Gemüseanbau (z. B.) macht niemanden reich, wenn Lebensqualität in Geld beziffert wird; dafür haben Lebensmittel mit der industriellen Massenproduktion einen zu großen Wertverlust erlitten. Gartenwirtschaft birgt aber, wie andere Tätigkeiten in Subsistenzkontexten auch, einen ganz anderen Reichtum: Autonomie (es gibt eigenes Gemüse), Gemeinschaft (Gespräche unter Gärtnern, Tausch von Beet zu Beet), Muße (Gartenarbeit ist anders), Produzentenstolz (Ausgleich zum Konsumentenstatus). Die Bezugnahme auf das Lebensnotwendige und auf die sozialen Zusammenhänge schafft eine besondere Lebensqualität, einen qualitativen Wohlstand. Das jedenfalls mag die Wanzlebener mit dem IBA-Prozess verbinden: Sie sind sichtbar stolz, dass sie viele marktfreie Dienstleistungen und Güter für die gegenseitige Unterstützung und den gemeinsamen Spaß durch ihr ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement geschaffen haben. (Andrea Baier)

Geschlechterbilder und Rollenverteilungen kritisch reflektieren

Die während der Tagung eröffnete Fotoausstellung „Wir sind Familie“, welche Familien zu Beginn der IBA im Jahr 2004 und dann nach 5 Jahren porträtierte, zeigte neben den „Wahlfamilien“ auch Veränderungen in den Strukturen der herkömmlichen (Klein)Familie. Einen Rückschluss auf das Familienbild oder die herrschende Toleranz in der Stadt ließ diese Ausstellung natürlich nicht zu. Allerdings wurde auf der Tagung häufiger über die Bedürfnisse Alleinerziehender gesprochen, die in Wanzleben ganz offensichtlich akzeptiert werden. (Marianne Rodenstein)

Institutionen schaffen, die Reflexion fördern und Ungewissheit ertragen

Sorgsamkeit im Umgang mit Interessens- und Aushandlungsdynamiken zu entwickeln, bedeutet für alle Beteiligten, eine Sensibilität für differenzierte Bedürfnisse und Belange sowie für das darin steckende proaktive Engagement zu entwickeln. Das mutet den politischen Institutionen zu, das zunächst Unsichtbare zu sehen, auf das Unerwartete zu warten und das Abgewertete wertzuschätzen. Aufgabe von kommunalen Institutionen ist es dann, Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass Akteure ihre Erfahrungen und Kenntnisse reflektieren und austauschen können. Sie müssen die Ungewissheit aushalten, die daraus entsteht, dass Entscheidungen die Anzahl zukünftiger Möglichkeiten erhöhen. In Wanzleben fiel dabei der Umgang mit den Wünschen der Kinder (geäußert in mehreren Beteiligungsaktionen und vertreten durch die Elterninitiative „Burgkrümel e.V.“) leichter als eine angemessene Reaktion auf „die Schwarzen“, Jugendliche, die sich den öffentlichen Raum (zum Teil lautstark) durch die Etablierung eines „Wohnzimmers“ aus alten Möbeln aneigneten.

Gemeinschaftsgefühl stärken durch Kooperation und Vernetzung der Akteure

Die Wanzlebener haben Gemeinschaftsgefühl und Verantwortlichkeit füreinander. Über vierzig Vereine, Aktionen wie „Kino im Park“ und „Kinder stärken“ sowie das Bündnis für Familie belegen eine positive Entwicklung der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure. Während der Tagung, vor allem aber während eines Stadtrundgangs, wurde in längeren Gesprächen mit einzelnen Personen deutlich, dass die Vernetzung verschiedener

Gruppen im Bündnis, aber auch durch die dort angestoßenen Aktionen, relativ weit fortgeschritten ist. Gerade das Verhältnis von Jung und Alt im Sinne gegenseitiger Unterstützungsleistungen wurde während der Tagung an verschiedenen Stellen deutlich. So gab es gegenseitige Besuche zwischen der Kindertagesstätte und dem Altenheim, wo die Kinder zum Singen hingingen und die Älteren kamen, um den Kindern vorzulesen. Die „Tafel“ des DRK wird nach Umbaumaßnahmen den stillgelegten alten Bahnhof nutzen. Hier treffen sich Menschen, die die Mittagessenhilfe in Anspruch nehmen, bereits ein bis zwei Stunden vorher, um verschiedene Dinge miteinander zu bereden. Neu ist ein Garten, der von den Tafelbesuchern angelegt und gepflegt wird. Parallel dazu gibt es Überlegungen, eine Verknüpfung zum Thema gesunde Ernährung und dem Kochunterricht in der Sekundarschule herzustellen, der ebenfalls von der DRK-Gruppe angeboten wird. (Marianne Rodenstein)

Gelegenheiten für Experimente

Weitere Strategien und Potenziale, um alternative Lebens- und Wirtschaftsformen zu ermöglichen, wie sie im Workshop IV besprochen und in den Reflexionen bestärkt wurden, sind:

- Unverzichtbar erscheint der Ausbau eines Beratungssystems für Wohnprojekte und kleine Genossenschaften, vorzugsweise in Kooperation zwischen Wohnprojekten und den Vertretern der Wohnungswirtschaft und der Gemeinde.
- Gemeindliche Grundstücke vorhalten und zum/unter dem Verkehrswert verkaufen oder auch Erbpachtverträge über 99 Jahre abschließen. Für den möglicherweise geringeren Verkaufswert erhält die Gemeinde im Ausgleich einen Mehrwert in Form von gemischten Quartieren mit besonders engagierten Eigentümern.
- Alte Gebäude bekannt machen, deren Größe und die Kosten für einen möglichen Umbau nennen. Welche Gebäude liegen in der Nähe, und wie ist deren ökologischer Standard?
- Projektentwicklung fördern. Entwickler mit Erfahrung im Umgang mit Wohngruppen gewinnen, die die Schnittstelle zwischen Gemeinde und Gruppe besetzen. Hier könnte sogar an einen Verbund mit Nachbargemeinden gedacht werden.
- Bei geförderten Wohnungen die Belegungsbindung lockern, damit die Menschen berücksichtigt werden können, die Interesse an der besonderen Form des Gemeinschaftslebens haben.
- Wohnbauflächen für Baugemeinschaften reservieren wie bspw. bereits in Hamburg (reserviert 15 %) und Berlin (reserviert 5 %) geschehen.
- Flexible und leistungsfähige Unterstützungsorganisation etablieren, die im Wesentlichen eine Kontaktzentrale zur Sammlung und Weitergabe von Informationen darstellt. Das betrifft z. B. Vertragstypen, Listen mit erfahrenen Architekten, Bauträgern und Anwälten, Erfahrungsberichte, Hinweise auf Betreuungsformen, Finanzierungsmodelle und günstige Dienstleistungsangebote.
- Öffentliche Beratungsstellen einrichten mit Informationen über bestehende Gruppierungen im Ort und der Umgebung, entsprechenden Immobilien, Informationen über öffentliche Förderung. Bauträger vermitteln, die über Vorkenntnisse verfügen und sich beim Bau oder Umbau von Wohnungen auf Personengruppen mit besonderen Interessen, Bedürfnissen und finanziellen Hintergründen einlassen.
- Alternative Lebens- und Wirtschaftskultur in die kommunale Rahmenplanung einbinden.
- Über Fördermittel im Rahmen der sozialen Wohnungsbauförderung aufklären, diese vermitteln oder ggf. selbst bereitzustellen.

(Steffen Andreae)

Bündnisse geduldiger Partner initiieren

Sozial-ökologische Stadtgestaltung braucht neue Kontextbedingungen, die auf einer empathischen Basis von geduldigem gegenseitigem Erfassen verschiedener Interessen und Problemlösungsmöglichkeiten aufbaut. Diese Forschungsergebnisse werden von den Erfahrungen vieler IBA-Städte gestützt. Die Empathie muss unrealisierte Alternativen und vielfältige Darstellungen potenzieller Neben- und Wechselwirkungen aushalten sowie Geduld und Umsicht aufbringen, Erkenntnisse zu sichern und daraus gewonnenes Erfahrungswissen wieder in das Akteurssystem und in alternative Konzepte zurückzugeben.

Freiräume für Gemeinwesen garantieren

Wanzleben hat sich während des IBA-Prozesses um Freiräume für das Gemeinwesen bemüht und die Bewohner der Stadt zum bürgerschaftlichen Engagement im Bereich familiäre Versorgung eingeladen. Es scheint sich hier ein spezifisches Selbstverständnis entwickelt zu haben, ein spürbarer Stolz auf die Besonderheit. Interessant wäre darüber hinaus zu schauen, wie die lokale Wirtschaft mit dem Gemeinwesen zusammenhängt.

Bewusstsein finden für lokale ökonomische Möglichkeiten

Wichtig für die Situation der Einwohner sind auch deren Einkommensmöglichkeiten. Wie ist es um diese bestellt? Gibt es sie vor Ort? Kann städtische Politik die lokale Wirtschaft fördern, und will sie es? Im politischen Programm der Stadt ist von der Stärkung der lokalen Ökonomie die Rede. Was kann dies jenseits einer Belebung von Gewerbegebieten bedeuten? Die Bürgermeisterin erläuterte in der Diskussion die Anstrengungen, die die Stadt mit der Erschließung des Gewerbegebietes unternommen hat, in das viel Geld investiert wurde. Die frühere und die jetzige Bürgermeisterin sind sogar noch herumgereist, haben Messen besucht, um Investoren nach Wanzleben zu locken. Lokale Wirtschaft kann demgegenüber auch heißen, miteinander vor Ort zu wirtschaften, sich gegenseitig zu Erwerbsmöglichkeiten zu verhelfen. (Andrea Baier)

Aushandlungen ihre Zeit lassen

Pluralität und Komplexität in Aushandlungen brauchen Zeit und damit Entlastung von Handlungsdruck. Zeit ist eine elementare Voraussetzung, um Einsichten in komplexe Prozesse zu gewinnen, um unvoreingenommene und fundierte Problemlösungen jenseits von Dringlichkeiten, Zeitdruck und Rückzug auf das Allgemeinwohl zu entwickeln. Die sieben Jahre des IBA-Prozesses mit dem kontinuierlichen Fokus auf die Verbesserung der Lebensqualität von Familien waren in dieser Hinsicht hilfreich. Sie ermöglichten die Reflexion von Routinen und die kritische Diskussion von vermeintlichen Sachzwängen und so genannten Selbstverständlichkeiten.

Sozial-ökologische Ressourcen in der Stadt entdecken

Eine ökonomische Chance für Gemeinden liegt in der Nutzbarmachung von ungenutzten Immobilien durch sozialökologische Gemeinschaften. So können Industriebrachen wieder belebt, Wüstfällungen renoviert, durch Monokultur ökologisch wertlose Gelände renaturiert und Raum im Sinne einer Transformation desolater Flächen aufgewertet werden. Immobilien, die sich für manche Bauträger als zu risikoreich darstellen würden, finden im Rahmen gemeinschaftlicher Wohnformen oft durchaus Liebhaber. Auf „wertlosen Grundstücken“ experimentieren gemeinschaftliche Wohnprojekte oft auch mit Konzepten solidarischer Ökonomie. Auch dies lässt sich für eine Gemeinde nutzbar gestalten, denn es bringt eine sozial und ökologisch motivierte Wirtschaft hervor. Durch persönliche Interaktion und Transparenz in der Produktion erleben und erkennen die Konsumenten soziale und ökologische Vorteile. In Regionen, die eine hohe Dichte von Gemeinschaften aufweisen, wirken diese nicht nur in die kommunale Struktur, sondern auch in

die regionalen Zusammenhänge hinein. Beispiele hierfür sind der Fläming, das Wendland und auch die Gemeinschaft Damanhur in Italien. (Steffen Andreae)

Die „anderen“ Wirtschaftsweisen in den Blick nehmen

Aus Familiensicht stellt sich Ökonomie anders dar als aus der Perspektive derjenigen, die vor allem die Warenwirtschaft, das Wachstum, die Lohnarbeit im Blick haben. Die Stadt als Familie sehen, könnte daher bedeuten, die „anderen“ Wirtschaftsweisen in den Blick zu nehmen, die es neben der profitorientierten Produktion von Waren und Dienstleistungen auch noch gibt und die für die Stadtentwicklung mindestens ebenso wichtig sind: Städte leben gerade von den Aktivitäten ihrer Bewohner im Zusammenhang mit der alltäglichen Versorgung, von der Ökonomie der Versorgung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen ebenso wie der Erwerbstätigkeit der kleinen Händler und Dienstleister, denen es um die Erwirtschaftung ihres Lebensunterhalts geht, die zu tun hat mit Zuwendung und Begegnung. Dies macht Städte lebendig und lebenswert (Märkte, kleine Geschäfte, Cafés etc.). (Andrea Baier)

Beteiligung alltagspraktisch und ergebnisoffen gestalten

Eine ergebnisoffene Beteiligung ermöglicht in vielerlei Weise, Handlungen und Kompetenzen jenseits noch nicht ausgehandelter Standards zu sehen und die Unausweichlichkeit von Nicht-Wissen und Ungewissheit anzuerkennen. Daraus entsteht Demokratisierung und das Fruchtbarmachen von Wissensinputs in notwendige Lernprozesse, die für die Vielfalt von Perspektiven sensibilisieren.

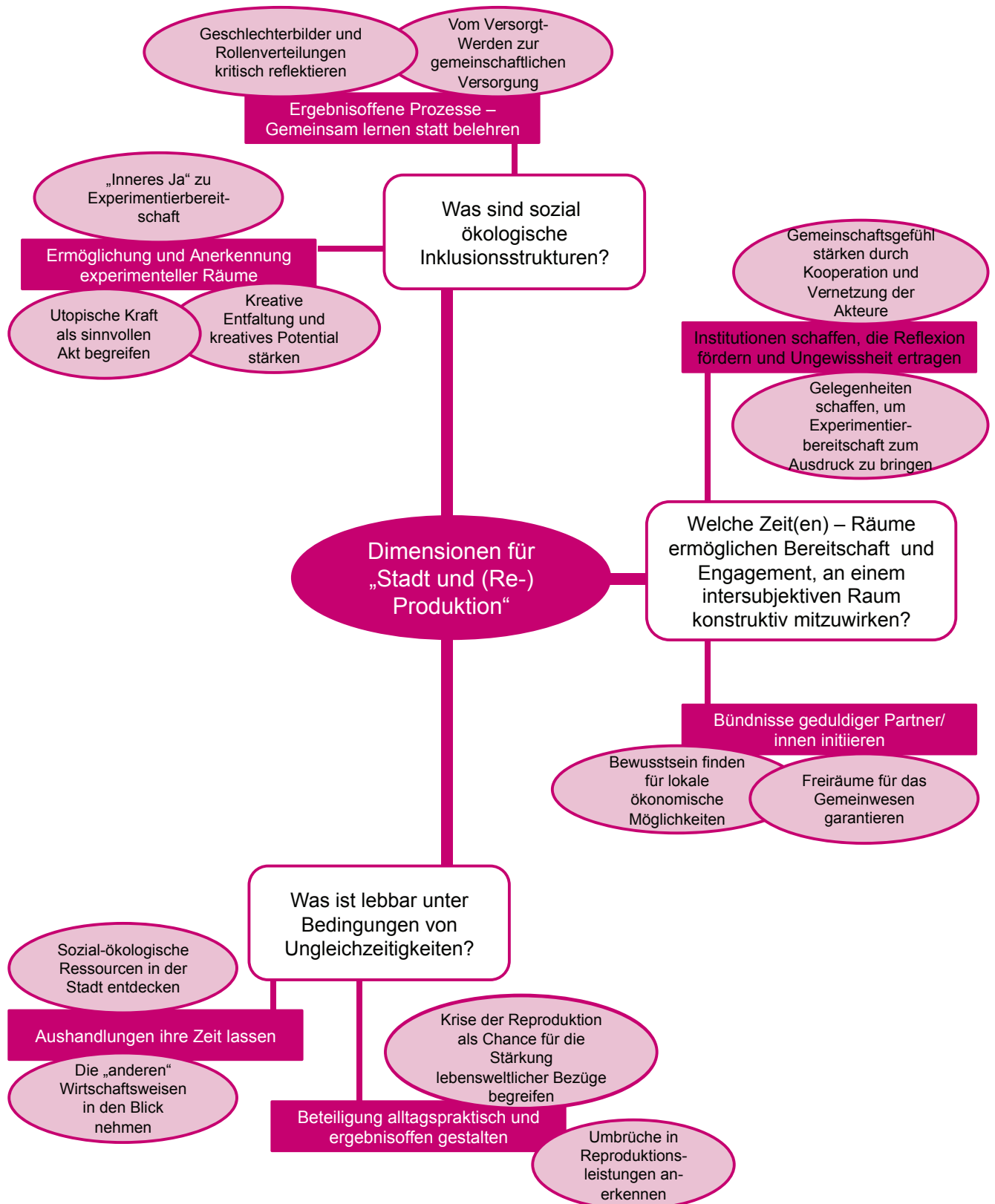
Umbrüche in Reproduktionsleistungen anerkennen

Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte haben sich die Arbeitsbedingungen verschärft, flexibilisiert, sind unsicherer und stressvoller geworden. Dies hätte als Pendant eigentlich starke, stabile Reproduktionsbedingungen erfordert, in denen die Menschen Zeit zur Sorge und Fürsorge füreinander haben. Tatsächlich konnten viele Familien diesen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Die neuen Arbeitsbedingungen wurden nicht von den entsprechenden Reproduktionsleistungen begleitet und auch deren Bedingungen haben sich verändert. Sich wandelnde Rollenmodelle zwischen den Geschlechtern schaffen vor allem bei der Hausarbeit, Kinder- und Elternversorgung Diskrepanzen und die Notwendigkeit zur Neuverteilung von Pflichten im Haushalt. Damit gehen entsprechende Unsicherheiten hinsichtlich traditioneller männlicher Erwerbsbiografien einher. Auch in Wanzleben resümieren die Akteure, dass sich die Rollen der Geschlechter und Altersgruppen ändern und das Miteinander neu abgestimmt werden muss. (Marianne Rodenstein)

Krise der Reproduktion als Chance für die Stärkung lebensweltlicher Bezüge begreifen

Die „Krise der Reproduktion“ (Marianne Rodenstein), die sich durch das „Schrumpfen der Städte“ noch zuspitzt, weil die außerhäuslichen Versorgungs- und Vorsorgeleistungen entsprechend ausdünnen, ohne dass die Familien in der Lage wären, diese Aufgaben wieder zu übernehmen, könnte die städtische Daseinsvorsorge zu neuen Maßnahmen inspirieren, nämlich die lebensweltlichen Bezüge in den Mittelpunkt zu stellen bzw. von ihnen auszugehen. Die Stadt als Familie sehen, könnte bedeuten, sich an der Subsistenz zu orientieren. Das bedeutet, eine Werthaltung, die zuerst den direkten Nutzen der Dinge und Leistungen für das alltägliche Leben und nicht ihren Marktwert in den Blick nimmt. Durch nicht-marktförmigen Austausch und die Unterstützung des informellen Sektors können verlässlichere Sozialbeziehungen entstehen. In diesem Sinne müsste städtische Politik Freiräume für das Gemeinwesen und die Stabilität einer dezentralen regionalen Versorgung garantieren sowie Gelegenheit für Begegnung und Nachbarschaft unterstützen. (Andrea Baier)

Dimensionen für „Stadt und (Re-)Produktion



Anlagen

1. Anlage Tagungsprogramm

Donnerstag, 22. April 2010

- 10:00 Uhr Begrüßung – Petra Hort, Bürgermeisterin Wanzleben
Grußwort – Minister Norbert Bischoff, Ministerium für
Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt
- 10:30–12:30 Uhr Podiumsdiskussion zum Themenfeld
„Stadt und (Re)Produktion“ mit:
Minister Norbert Bischoff, Ministerium für Gesundheit
und Soziales Sachsen-Anhalt; Andrea Baier,
Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, München
Marianne Rodenstein, Goethe-Universität Frankfurt am
Main; Bernd Schnieder, Justus-Liebig-Universität Gießen
Moderation: Babette Scurrrell, Stiftung Bauhaus Dessau
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14–16 Uhr Stadt-Spaziergänge zur Begegnung der Teilnehmer mit der
Wanzlebener Bürgerschaft, einschließlich der Bürgeraktion
„Wanzlebener Stadtwette – die Großbildaktion“ (Leitung
der Stadtwette: Uta Linde, stadtgezeiten, Magdeburg)
- 16–17 Uhr Diskussion und Auswertung der Erfahrungen aus den
Stadtspaziergängen
- 17.30 Uhr Eröffnung der Foto-Ausstellung „Wir sind Familie“
- ab 19 Uhr Gemeinsames Abendessen

Freitag, 23. April 2010

- 9–13 Uhr Gemeinsamer Start in den Tag, Kulturhaus am
Roßbachplatz, anschließend vier parallele Workshops:
- 1. Städtische Zeitstrukturen für Familien*
Stephan Höyng, Katholische Hochschule für Sozialwesen
Berlin; Moderation: Sabine Hofmeister, Leuphana
Universität Lüneburg
- 2. Familiäre Strukturen und Arbeit*
Susanne Lantermann/André Schönewolf, Universität
Kassel; Marc Gärtner, genderWerk, Stipendiat Hans-
Böckler-Stiftung; Moderation: Adelheid Biesecker,
Universität Bremen
- 3. Familiäre Funktionen und bürgerschaftliches Engagement*
Andrea v. Marschall, Dissens e. V., Projekt Unser Platz,
Bündnis für Kinder, Berlin; Uta Linde, stadtgezeiten,
Magdeburg; Veit Urban, LandLebenKunstWerk,
Quetzdölsdorf; Moderation: Eberhard Göpel, Transferstelle
Wissenschaft und Praxis des Fachbereichs Sozial- und
Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal

4. Wirtschaftliche Potentiale der Versorgungsarbeit
Elisabeth Redler, Haus der Eigenarbeit, München; Frank Jansky, Regiogeld e. V.; Steffen Andreae, Kommune Niederkaufungen; Moderation: Uta von Winterfeld, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

13 Uhr

Mittagessen

14–16 Uhr

Podium zur Auswertung der Workshops unter den Fragestellungen:

Wie muss eine Stadtöffentlichkeit organisiert sein, um Aufgaben der Fürsorge, Vorsorge und Gemeinschaftlichkeit zu erfüllen, und was heißt das für ihre städtebauliche Entwicklung?

Anlage 2

Fragen an die Teilnehmer des Podiums und der Workshops

Fragen an das Podium

Einführung in das Podium durch Babette Scurrall:

In Wanzleben wird damit experimentiert, Strukturen zu schaffen, um das Familienleben in der Stadt zu erleichtern und familiäre Funktionen durch die Stadtöffentlichkeit zu übernehmen.

In einer Stadt, in der in der nächsten Zeit kein Wachstum erwartet werden kann, stehen diese Experimente im Spannungsfeld von Sorge (für jemanden oder etwas) und Potenzial (von jemandem oder etwas). In diesem Spannungsfeld schwingen persönliche und politische Haltungen Wanzlebener Akteure zwischen Aktion aus Mitleid und konstruktiver Unterstützung von Potenzialen, zwischen Hilfe – Fürsorge – Sorge einerseits sowie Stärken und Kompetenzen fördern andererseits. Tatsächlich kommen die Bürger nicht nur in der „Not“ (einer schrumpfenden Stadt), sondern auch freudvoll, zur gegenseitigen Stärkung und zur gemeinsamen Freude zusammen. Deshalb wollen wir in der inhaltlichen Diskussion den Einstieg nicht über die Sorge/Unterstützung in Notsituationen nehmen, sondern von den Potenzialen der Akteure und Lebensgemeinschaften ausgehen.

Die erste Frage an das Podium wäre in dem Sinne, welche Assoziationen die Referent zu einer Tagung mit dem Thema „Die Stadt als Familie“ haben: „Die Stadt als Familie sehen – Was assoziieren Sie zu dieser Aufforderung?“ Anknüpfungspunkte für die Referenten wären:

- Marianne Rodenstein: Stadtentwicklung und die Krise der Reproduktionsarbeit
- Andrea Baier: Wovon Menschen leben und wie deshalb unsere Städte aussehen (können)
- Bernd Schnieder: studentische Untersuchung über örtliche Altershilfemaßnahmen in Gießen (mit Erika Claupein) und Erkenntnisse für Stadtentwicklung im demografischen Wandel
- Norbert Bischoff: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Landespolitik und der Stadt als Familie?

Die zweite Fragerunde ist auf mögliche Indikatoren/Aspekte gerichtet, um Stärken/Ansatzpunkte für familienfördernde und öffentliche Strukturen für familiäre Funktionen zu entwickeln und zu evaluieren.

An welchen Indikatoren glauben Sie zu erkennen, dass eine Kommune ihre Pflichten der Daseinsvorsorge für Familien erfüllt, dass Familien sich in der Stadt willkommen fühlen, dass die Stadtöffentlichkeit familiäre Funktionen übernehmen kann, wenn die sozialen Beziehungen infolge verschiedenartiger Schrumpfungsprozesse ausdünnen? Welche Indikatoren passen – und welche nicht?

In einem dritten Komplex wird nach Unterstützungssystemen für Familien gefragt.

- Wer profitiert von welchen (bestehenden?) Unterstützungssystemen (Kinder, Jugendliche, erwerbsarbeitende Frauen und Männer, Frauen und Männer in ihren lebensweltlichen Zusammenhängen, Senioren, ethnische Gruppierungen etc.)?
- Wer unterstützt wen, und wer bestimmt Art und Form der Unterstützung (Sorgebeziehungen als asymmetrische Beziehungen)?
- Welche Anerkennungs- und Unterstützungsstrukturen brauchen familiäre

Systeme sowohl auf der sozio-ökonomischen als auch auf der sozio-kulturellen Ebene. Wie kann vermieden werden, dass ungleichgewichtige Beziehungen der Hilfeleistung zu Herrschaftsbeziehungen werden?

- Gibt es nationale und internationale Erkenntnisse über Verknüpfungen von Sorge- und gemeinwohlorientierten Unterstützungssystemen?
- Wie können private Ansprüche nach öffentlicher Unterstützung artikuliert werden? Wer bestimmt den Raum? Was sind Aneignungssysteme?

Workshop I: Städtische Zeitstrukturen für Familien

Fragen an die Referenten:

- Wie gestaltet sich heute das Verhältnis von Erwerbsarbeitszeit und Versorgungsarbeitszeit? Welche Konsequenzen hat dies für die Berufsorientierung, für die Emanzipation der Geschlechter und Generationen sowie das Aufwachsen der Kinder?
- Wie lassen sich lebensdienliche, familienfreundliche städtische Zeitstrukturen organisieren?
- Was sind die Hauptbedürfnisse der Bürger hinsichtlich der Einrichtung kommunaler Zeit-Angebote, bspw.: Können Auspendler öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen (Ämter, Banken, Kinderbetreuung ...)?
- Was kann eine Stadt offerieren, damit eine Identifikation und Verbindung zur Stadt auch bei langfristigen Arbeitspendeln erhalten bleibt?
- Was bieten/machen/leisten Unternehmen für die Anerkennung der Bedürfnisse aus familialen Zeitstrukturen?

Ziel des Workshops für die Moderation:

- Mögliche Arrangements in der Vereinbarkeit inner- und außerhäuslicher Sorgepotentiale
- Hinweise für die Kommunalpolitik, wie ein Bewusstsein für Zeitmanagement geschaffen werden kann und wer dafür in Kommunen ansprechbar sein sollte
- Identifizieren von Rhythmen – nicht-lineare Zeiten einer städtischen Gemeinschaft, Synchronisation von Prozessen, Übergänge

Workshop II: Familiäre Strukturen und Arbeit

Fragen an die Referenten:

- Wie ist die Arbeitsteilung in Familien? Wird sie von kommunalen Strukturen beeinflusst?
- Worin bestehen innerhäusliche für eine städtische Gemeinschaft relevante Sorgepotentiale? Wie werden sie durch kommunale soziale Infrastrukturen, den Zugang zu marktbasierter Pflegeleistungen bzw. durch Nachbarschaftshilfe und andere Formen des bürgerschaftlichen Engagements unterstützt?
- Welche Auswirkungen entstehen in „unvollständigen“ oder Pendlerfamilien in Bezug auf die Arbeitsteilung und Sozialisation?
- Was sind Rollenbilder in und von Familien? Sind sie von kommunalen Bedingungen abhängig?
- Welche verschiedenen Arten von Arbeit und deren Beziehung zu Stadt- und Familienstrukturen bestehen?

- Kann von einem „gender trouble“, einer geschlechtsbezogenen Irritation in Organisationen aufgrund männlicher Vereinbarkeitswünsche gesprochen werden? Können Städte darauf schneller, besser reagieren als „die Gesellschaft“?
- Welche Interessenkonflikte zwischen Erwerbsarbeit und Familie/Haushalt treten für berufstätige Frauen und Männer auf. Wie werden diese öffentlich thematisiert?

Ziel des Workshops für die Moderation:

- Sichtbar machen, welche Arbeiten Familien leisten.
- Welche Arbeiten kann (will/soll) davon die Öffentlichkeit unter welchen Bedingungen übernehmen?
- Welche Strukturen müssen dafür geschaffen werden? Gibt es dafür eine Akzeptanz?

Workshop III: Familiäre Funktionen und bürgerschaftliches Engagement

Fragen an die Referenten:

- Welche Angebote insbesondere an Jugendliche kann eine Stadt/ein Bezirk/ein Quartier machen, die dazu einladen, sich aktiv in die Gestaltung des kommunalen Raumes einzubringen?
- Wie gestaltet sich das Verhältnis von Fürsorglichkeit und Politischem?
- Wie gestalten sich Verhältnisse von Selbstorganisation und professioneller Dienstleistung in wichtigen familienrelevanten Bereichen wie Ernährung, Bildung, Familienhilfe, Kinderbetreuung, Betreuung von Angehörigen, Freizeit, Kultur?
- Welche Auffassung/Wahrnehmung von „gesellschaftlichem Engagement als Arbeit“ herrscht im wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der Stadt?
- Wie ist das Verhältnis von kommunalen Pflichtaufgaben und freiwilligen Maßnahmen?
- Ist Daseinsvorsorge ein Problem der effektiven Verbindung öffentlicher und privater Steuerung und Regelung (Governance-Problem)?

Ziel des Workshop für die Moderation:

- Was können Kommunalverwaltungen (der Staat?) von der Bürgerschaft für die Lösung von Versorgungsproblemen/Erfüllung reproduktiver Funktionen erwarten, und wo sind sie selbst gefordert?
- Wie kann die Kommune/die Stadt/der Staat das Engagement der Bürger fördern?
- Was leisten kommunale Strukturen, um eine Stadt zur „Familie“, zur sich gegenseitig stärkenden Gemeinschaft, werden zu lassen?

Workshop IV: Wirtschaftliche Potenziale der Eigen- und Versorgungsarbeit

Fragen an die Referenten:

- Weshalb wurde das „Haus der Eigenarbeit“ bzw. wurde die „Kommune Niederkaufungen“ als „Ganzes Haus“ gegründet?
- Welche Formen der Eigenarbeit/Subsistenz brauchen welche öffentlichen Unterstützungsstrukturen?
- Wie funktioniert bspw. das Miteinander von Selbermachen und

Marktangeboten? Ergänzen sie sich oder stehen sie gegeneinander?

- Wie können Formen anderen Austausches (Schenken, Leihen, Tauschen) von der Kommune unterstützt werden?
- Wie organisiert sich eine Kommune wie Niederkaufungen in die Stadt hinein – und wie ein Haus der Eigenarbeit in den Stadtteil?

Ziel des Workshop für die Moderation:

- Wahrnehmung und Bewertung von Vorsorge-/Versorgungsarbeiten:
- Wie verändert sich Arbeit, wie wir sie als Erwerbsarbeit kennen, durch die Wahrnehmung und Bewertung von Vorsorge-/Versorgungsarbeiten?
- Wer soll die Reproduktionsarbeit für welchen Lohn übernehmen? Welche anderen Formen der Finanzierung sind denkbar bzw. nötig?
- Wie kann Reproduktionsarbeit gemeinschaftlich geteilt werden?
- Was folgt daraus für die ökonomische Situation der Stadt? Wie kann der ökonomische Beitrag der Reproduktionsarbeit – ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt – gemessen werden?

Anlage 3 Referenten und Moderatoren

Steffen Andreae

lebt in der Kommune Niederkaufungen (Niedersachsen) wo er nicht nur Bildungsangebote zum Thema alternative Lebensformen anbietet, sondern auch ein Reiseunternehmen zu verschiedenen Wohn- und Lebensprojekten in Europa betreibt.

Andrea Baier

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis (München) mit den Schwerpunkten Subsistenz, Regionalisierung, nachhaltige Lebensstile . Nach dem Studium der Entwicklungssoziologie an der Universität Bielefeld war sie Mitbegründerin des Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz. Andrea Baier ist Koautorin der Bücher „Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes“ und „Ohne Menschen keine Wirtschaft. Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht“.

Adelheid Biesecker

ist emeritierte Professorin für „Ökonomische Theorie unter besonderer Berücksichtigung der geschichtshistorischen Entstehungsbedingungen“ an der Universität Bremen. Sie war von 1994 bis 1999 Mitglied des Sachverständigenausschusses im Forschungsprogramm „Modellprojekte Nachhaltigen Wirtschaftens“ beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Von 2000 bis 2002 gehörte sie der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages an. Sie ist Mitglied im Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ sowie in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und gehört dem Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland an.

Norbert Bischoff

wurde 2010 Minister für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. Er studierte katholische Theologie und Philosophie, arbeitete als Jugendreferent und in der Seelsorge des Bistums Magdeburg und engagierte sich im Herbst 1989 in der Bürgerbewegung, wofür er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Nach der Wende erfolgte eine berufliche Neuorientierung, die ihn zur politischen Arbeit in der SPD, in den Stadtrat Magdeburgs, in den Landtag Sachsen-Anhalts und letztlich, in die Landesregierung brachte.

Marc Gärtner

hat einen Masterabschluss in Kulturwissenschaften und arbeitet als Berater und Trainer bei genderWerk, Berlin. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter der Katholischen Hochschule für Sozialwesen und arbeitet als Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung an seiner Dissertation zum Thema „Männer und Gleichstellung im Umbruch der Erwerbsverhältnisse“.

Eberhard Göpel

studierte Medizin und Pädagogik in Göttingen und wurde 1994 Professor für Gesundheitsförderung im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er ist Gründungsmitglied der Europäischen und der Deutschen Gesellschaft für gesundheitsfördernde Schulen (EGGS/DGGS). Von 2001 bis 2003 war er wissenschaftlicher Koordinator des BMBF-geförderten Projektes Multimedialer Kooperationsverbund Hochschulen für Gesundheit und ist seit 2003 Vorstandsvorsitzender des Vereins „Hochschulen für Gesundheit“. Parallel dazu war Eberhard Göpel bis 2003 Mitglied des EUMAHP- Konsortiums: European Masters in Health Promotion Feasibility Study.

Sabine Hofmeister

ist seit 1999 Universitätsprofessorin für das Lehr- und Forschungsgebiet „Umweltplanung“ an der Leuphana Universität Lüneburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Theorie und Methodik Ökologischer Ökonomie, Nachhaltige Raumentwicklung, Ökologische Stoffstromanalysen und -management, Ökologie der Zeit sowie Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Sie ist Mitglied der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften.

Stephan Höyng

wurde im Oktober 2001 als Professor für Jungen- und Männerarbeit an die Katholische Hochschule für Sozialwesen in Berlin berufen und arbeitet dort im Studienschwerpunkt Geschlechterdifferenzierende Soziale Arbeit. Er ist Mitglied im Bildungsnetz Berlin und engagiert sich im europäischen Forschungsnetzwerk „Coordinated Action on Human Rights Violations“. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Förderung der Arbeit von Männern in Kindertagesstätten.

Frank Jansky

lebt als Rechtsanwalt in Güsen, nordöstlich von Magdeburg. Er ist Mit-Initiator des Regionalgeldes „Urstromtaler“ in Sachsen-Anhalt und als Vorstandsmitglied bei Regiogeld e. V. zuständig für Außenkontakte.

Susanne Lantermann

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fachgruppe Soziologie der Universität Kassel. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Familiäre Perspektiven im Umbruch sowie die Transformationsforschung. Im Forschungsverbund „'Social Capital' im Umbruch europäischer Gesellschaften – Communities, Familien, Generationen“ arbeitete sie zum Thema „Bonding oder Bridging? – Familiennetzwerke in Überlebensgesellschaften“.

Uta Linde

gründete mit „stadtgezeiten“ ein Unternehmen, das abenteuer- und erlebnispädagogische Bildungsprogramme für Kinder- und Jugendgruppen konzipiert und durchführt. Unter dem Motto „Mit Spaß gemeinsam ans Ziel“ bietet sie Stadtspaziergänge, Ralleys und Kletterpartien in Städten an, bei denen Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen, Selbstbewusstsein, Teamgeist und eine Orientierung im Leben finden können.

Andrea von Marschall

ist Geschäftsführerin von Dissens e. V., Berlin. Sie leitet Beratungs-, Bildungs-, Forschungs- und Jugendarbeitsprojekte zur Förderung der Geschlechterdemokratie. Einen Schwerpunkt bilden dabei Jungenarbeit und Gendertrainings. Im Sozialraum Marzahn-Mitte engagiert sich Andrea von Marschall dafür, dass der multifunktionale Sport- und Bewegungsraum, der dort angelegt wurde, als ein offenes Kinder- und Jugendangebot gestaltet wird, das interkulturellen, partizipativen und geschlechtergerechten Ansprüchen gerecht wird.

Elisabeth Redler

leitet das HEi, „Haus der Eigenarbeit – Ein Haus für ALLE, die Spaß haben am SELBERMACHEN: Handwerklich, kulturell und sozial!“ in München. In dieser Funktion hat sie das offene WerkstattHaus als Stadtteilzentrum, als gefragten Partner von Schulen und Zentrum von Kreativität und Selbstverwirklichung etabliert.

Marianne Rodenstein

ist emeritierte Professorin im Bereich Soziologie und Sozialpolitik (Schwerpunkt Stadt-, Regional- und Gemeindeforschung) der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Ihre universitären Forschungs- und Lehrgebiete beinhalten die Stadtplanungstheorie und -geschichte, Stadt und Gesundheit, feministische Stadtplanung

sowie Kommunal-, Frauen- und Sozialpolitik. Sie engagiert sich in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und in der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen. Von besonderer Relevanz für das Tagungsthema war der Artikel „Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht“, den Marianne Rodenstein 1997 gemeinsam mit Stephanie Bock und Susanne Heeg veröffentlichte.

Bernd Schnieder

ist seit 1980 Professor für „Wohnungsbau und Wohnungswesen“, dann „Wohnökologie“ am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen. Dabei beschäftigt er sich mit Wohntheorien, Sozialökologischen Fragestellungen, Alltagsgeografie, Gemeinschafts- und Gruppenwohnformen, der Geschichte des Wohnens und dem Wohnen für besondere Bedarfsgruppen. Er ist Mitglied der International Association for the study of People and their physical surrounding und dem European Network of Housing research sowie des Internationalen Verbandes für Hauswirtschaft.

André Schönewolf

arbeitet als Lehrbeauftragter in der Fachgruppe Soziologie der Universität Kassel und bearbeitet für seine Dissertation das Thema „Bonding oder Bridging? – Familiennetze in Überlebensgesellschaften“. Dafür wirkte er von 2007 bis 2010 im Forschungsverbund „'Social Capital' im Umbruch europäischer Gesellschaften – Communities, Familien, Generationen“ mit.

Veit Urban

ist Erziehungswissenschaftler und Erlebnispädagoge. Seit 2002 betreibt er mit dem Verein LandLebenKunstWerk e. V., Quetzdölsdorf (Sachsen-Anhalt), Bildungsarbeit im ländlichen Raum und widmet sich der Stärkung der dörflichen Kultur sowie dem Aufbau einer nachhaltigen Dorfwirtschaft.

Uta von Winterfeld

studierte Politikwissenschaft und arbeitet seit 1993 am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie zu den Themen „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“, „Nachhaltige Arbeits- und Lebensweisen“ sowie „Governance und neue Gesellschaftsverträge“. Seit 2006 ist sie als Privatdozentin am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin tätig. Uta von Winterfeld ist Mitglied der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, des Netzwerkes „Vorsorgendes Wirtschaften“ sowie des wissenschaftlichen Beirats von attac.

Konzept der Tagung

Bettina Knothe

betreibt die Firma medeambiente, mit der sie Angebote in folgenden Arbeitsbereichen unterbreitet:

Forschung und Lehre zu den Themen „Nachhaltigkeit und kultureller Wandel aus sozial-ökologischer Perspektive“, „Gerechtigkeit und die Rolle der Zivilgesellschaft in der Umweltpolitik“ sowie „Geschlechtergerechtigkeit und Intersektionalität in Umwelt- und Naturwissenschaften“;

Wissenschaftliche Beratung und Begleitung bei der Aufbereitung umweltwissenschaftlicher Themen für Praxis und Beratung und Antragsberatung und -erstellung im europäischen Forschungsraum. Darüber hinaus ist sie in der Umwelt- und Genderbildung tätig. Bettina Knothe ist Mitglied des Netzwerkes Vorsorgendes Wirtschaften.

Babette Scurrall

beschäftigt sich seit 1992 an der Stiftung Bauhaus Dessau mit sozialökonomischen Fragen nachhaltiger Regionalentwicklung. Dabei war

sie Koordinatorin des BMBF-geförderten Forschungsverbundes „Zukunft der Arbeit und nachhaltiges regionales Wirtschaften“ und arbeitete in den letzten Jahren mit an der IBA Stadtumbau 2010. Von 2003 bis 2007 war sie für die Koordination des Forschungsverbundes „Blockierter Wandel? – Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Raumentwicklung“ in Trägerschaft des BUND Sachsen-Anhalt (BMBF Förderprogramm Sozial-ökologische Forschung) und der Mitarbeit in der Forschungs- und Koordinierungsstelle des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung beurlaubt.